

# Bericht aus dem Deutschen Reiche

Autor(en): **Jung, Edgar J.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur**

Band (Jahr): **7 (1927-1928)**

Heft 12

PDF erstellt am: **28.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-156451>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

gelehrt und in die Wirklichkeit waren umgesetzt worden. Aus ihnen ging, nach dem Mißerfolg von 1798, auch die Schweiz von 1830 und 1848 hervor als ein „moderner“ Staat im guten und schlechten Sinne. Sie zog aus dieser staatlichen Gestaltung — soviel läßt sich heute schon feststellen — gewaltigen materiellen Gewinn und paßte sich damit der Mehrzahl der heutigen Staaten an. Wie weit das radikal-demokratische Staatssystem den Volkscharakter und das Kulturniveau günstig oder ungünstig beeinflußt hat, möge hier dahingestellt bleiben.

## Bericht aus dem Deutschen Reiche.

Von Edgar J. Jung, München.

Angesichts der verwirrenden Fülle politischer Ereignisse ist es dem Chronisten nicht leicht gemacht, den Anfang des Ariadne-Fadens zu finden, der zu dem Aussichtspunkte führt, von wo aus ein gegliederter Überblick über das Ganze möglich ist. Einzeltatsachen aufzuzählen, wäre ermüdend und für den nicht reichsdeutschen Leser wahrscheinlich auch uninteressant. Es bleibt deshalb nur eine Betrachtungsweise übrig, die versucht, sich möglichst in die Lage des späteren Geschichtsschreibers zu versetzen, der durch die weitere zeitliche Entfernung Hauptsache von Nebensache zu scheiden vermag.

Es scheint, als ob die verhältnismäßige außenpolitische Ruhe, die das Kennzeichen des letzten Kabinetts Marx ist, den Weg zu heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen frei gemacht habe. An und für sich ist diese Rückbesinnung auf die innenpolitische Kräftigungsarbeit am deutschen Staate und am deutschen Volke begrüßenswert. Denn die gesellschaftliche, staatliche und wirtschaftliche Verfassung des deutschen Reiches, die sich dem Blicke des objektiven Beschauers bietet, beruht offenkundig auf Improvisation. Die Jahre 1918 bis 1924 sind außenpolitische Sturmjahre, während derer keine Erneuerungsarbeit am deutschen Hause vorgenommen werden konnte. Wurde doch nur um das nackte Besitzrecht an ihm gekämpft, sodaß die Blicke aller nach außen gerichtet waren. Heute stellt sich heraus, daß in Weimar nur ein Notbau errichtet wurde, daß der Optimismus der freisinnigen Bauleitung keineswegs gerechtfertigt war. Dieses Haus ist nicht auf Felsen gegründet, seine Mauern vermögen keinen Stürmen zu trotzen und seine innere Ausstattung ist unwohnlich, sodaß keine wahre Heimischkeit aufzukommen vermag. Es stellt sich eben doch heraus, daß überlebte Bauformen in der Not übernommen wurden und daß der deutsche Mensch in dem fremden Stil sich nicht zurecht findet.

So ist die Diskussion allenthalben lebendig geworden und nur ganz wenige Kreise sind es, welche die Formen, in denen das reichsdeutsche Volk heute lebt, bejahen oder gar lieben. Nicht in dem Sinne, als ob der republikanische Gedanke in Gefahr wäre. Ganz im Gegenteil: Er

hat sich gefestigt und die Schar der Restaurationspolitiker schmilzt von Tag zu Tag zusammen. Die Zahl derer aber, die bewußt auf einen wohllichen Neubau hinarbeiten, der die Seele erfreut und dem Körper Ruhe und Sicherheit bietet, wächst stündlich.

Der Gedanke des dritten Reiches wuchs ursprünglich aus einem kleinen Kreise geistig Oppositioneller, die sich auf die seelischen Triebkräfte des Frontkämpfertums stützten. Nachdem eine gewisse äußere Festigung von Staat und Wirtschaft eingetreten war, traten sie in den Hintergrund und es schien, als ob demokratisch-parlamentarische Denkformen westlicher Prägung das deutsche Volk in seiner Gesamtheit ergreifen würden. Für den Chronisten ist wohl die wichtigste Erkenntnis des letzten Jahres, daß ein solcher Glaube trugschlüssig gewesen ist. Obwohl doch die jetzt zu Ende gehende Regierung gerade von traditionell staatserkhaltenden Kräften getragen war, ist die Erkenntnis von der Unhaltbarkeit unseres staatlichen Baues noch nie so rasch gewachsen und hat selten eine so weite Verbreitung gefunden, wie gerade im Verlaufe des letzten Jahres. Fast zehn Jahre nach dem Übergange Deutschlands zur republikanischen Staatsform ist heute als Fazit zu verzeichnen, daß die erhoffte allmähliche Anpassung an die politischen Zustände parlamentarischer Musterländer, wie England, nicht nur keineswegs erfolgt ist, sondern daß die Überlebtheit der von dort übernommenen Vorstellungen vom Staate gerade am deutschen Volke immer offener wird.

Untersuchen wir zunächst die Lager, welche von dieser Erkenntnis zunehmend erfaßt sind. Die aus dem deutschen Frontkämpfertum entstandenen Bünde — die nationale Bewegung in engerem Sinne — sollen einmal beiseite gelassen werden, da sie von vorneherein in Opposition standen. Viel weiter reicht heute der Rahmen, welcher die umfaßt, die neuen Ufern zustreben. Es gibt Kreise, die sich mit dem übertriebenen Parteiwesen und dem übersteigerten Parlamentarismus abgefunden hatten, in der Hoffnung, auch diese Waffe handhaben zu lernen und mit ihr zum jeweiligen Erfolge zu gelangen. Das Kennzeichnende der jetzigen inneren Lage Reichsdeutschlands besteht darin, daß diese Kreise die eben erwähnte Hoffnung aufgegeben haben. Es ist eine gewaltige Parole im Entstehen, die sich in den Ruf zusammenfassen läßt: gegen die Parteien! Die Tatsache der Präsidentschaft Hindenburgs und der deutschnationalen Koalition hat in dieser Richtung mehr fördernd denn hemmend gewirkt.

Die Auseinandersetzung wurde wohl am heftigsten geführt in der Frage der Reichsgliederung. Es ist unmöglich, die Streitfrage Unitarismus = Föderalismus erschöpfend zu behandeln, ja überhaupt in den Umrissen anzudeuten. Eine riesige Literatur, die täglich wächst, ist darüber entstanden. Sachlich das Beste findet der interessierte Leser in den „Süd-deutschen Monatsheften“ und zwar im Januarheft 1928. Es sind weniger partikuläre Kräfte, also großpreußische, bayerische, welfische u. s. w., welche heute hinter den Fronten dirigierend die geistige Schlacht leiten; die Auseinandersetzung ist vielmehr eine grundsätzliche geworden, sie ist heute staatsphilosophischer Art und geht aus von den Gesamtvorstellungen vom Staatswesen, welche bestimmte Kreise und Gruppen innerhalb des Deutsch-

tums hegen. Es ist also eine deutsche Frage, die zur Diskussion steht, und keineswegs mehr eine bayerische oder preußische u. s. w.

Merkwürdig berührt bei der ganzen Debatte über das Verhältnis zwischen Ländern und Reich der Umstand, daß der Anstoß zu der Länderkonferenz, die in Berlin stattgefunden hat, keineswegs ein politischer im engeren Sinne ist. Es handelte sich vielmehr um den Gedanken der Verwaltungsreform, ausgelöst durch die Erkenntnis, daß die Rüstung des deutschen Verwaltungsapparates angesichts der Tributlasten und der Verarmung zu schwer ist. Daß hier eine neuordnende Vereinfachung Platz zu greifen hat, erscheint Unitaristen und Föderalisten gleich notwendig. Interessant ist nur, daß die Staatsvereinfachung sowohl von dem einen wie auch von dem anderen Teil als Hauptargument ins Treffen geführt wird. Die Unitaristen bemängeln die Doppelgeleisigkeit, welche die Verwaltung verteuere, die Föderalisten berufen sich auf das Anschwellen der zentralen Bürokratie, welches bei einer einheitsstaatlichen Verfassung notwendig erfolgen müsse. Der Zentralismus wird deshalb auch von den Unitariern durchweg abgelehnt und der sogenannte dezentralisierte Einheitsstaat propagiert. Demgegenüber behaupten die Anhänger einer bundesstaatlichen Verfassung wiederum, Rechte, die nicht aus eigener Souveränität, sondern aus Übertragung abgeleitet würden, seien in der Regel zur Verkümmern verurteilt. Inwieweit parteipolitischen Denken (ein sozialistisches Großpreußentum) hinter den einzelnen Gedankengängen steht, soll ununtersucht bleiben. Praktisch liegt die Wahrheit wohl in der Mitte. Es muß zunächst festgestellt werden, daß die verfassungspolitische Unsicherheit im Reiche nicht etwa in einer falschen Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Reich und Ländern zu suchen ist, sondern daher kommt, daß die Reichsverfassung eine klare Abgrenzung überhaupt vermissen läßt. Es gibt eine konkurrierende Zuständigkeit zwischen Reich und Ländern, die verfassungsrechtlich festgelegt ist. Da nun eine Wesenseigentümlichkeit der Bürokratie in der Erhebung des positiven Kompetenzkonfliktes besteht, so kann man sich vorstellen, wie die Reichsbeamten und Länderbeamten miteinander um die Macht kämpfen und Reichs- und Länderparlamente gegeneinander auspielen. Hier liegt der Krebschaden der Weimarer Verfassung. Sachlich haben die Föderalisten wahrscheinlich unrecht in der Art, wie sie das Reich konstruiert sehen möchten. Ein Bündnis zwischen deutschen Fürsten war 1871 das Gegebene. Die Souveränität der Fürsten wurde aber 1918 durch die des Volkes ersetzt. Zweifelsfrei gibt es nur noch einen Souverän: das deutsche Volk. Ein Bündnis zwischen deutschen Teilstaaten ist infolgedessen wohl geschichtlich überlebt und nicht mehr denkbar. Auf der anderen Seite aber ist die Opposition gegen die Entmannung der Provinz, gegen die Entblutung des flachen Landes, gegen die Leitung eines ganzen Volkes aus der ungesunden Atmosphäre einer Weltstadt heraus, unbedingt berechtigt. Mag Paris gleichbedeutend mit Frankreich sein — viele Deutsche wehren sich mit Recht dagegen, daß Berlin gleich deutsches Reich werde. Daß eine gesunde Gliederung, Eigenlebendigkeit bewußter Volksteile, weitgehende Selbstverwaltung für ein

Gesamtvolk nützlich wirken, dafür spricht in der deutschen Brust nicht nur die klare Erkenntnis, sondern auch das lebendige Gefühl. An der Einheit und Stärke der Reichsgewalt wollten eigentlich nur jene rütteln, die über das Jahr 1866 immer noch nicht hinweggekommen sind. Wenn solche Resentiments hier und da wieder aufflackern, so nur durch die künstliche Unterstützung, welche vom Ausland her durch Interessenten deutscher Schwäche geboten wird. An der deutschen Verkehrs- und Wirtschaftseinheit, sowie dem Gedanken der einheitlichen Wehrmacht und des ungeteilten Rechtsgebietes wagt kein vernünftiger Mensch mehr zu rütteln. Hauptsächlich die innere Verwaltung und das Finanzwesen stehen also zur Debatte.

Allerdings gibt es eine Richtung, die in diesem gemäßigten Sinne föderalistisch ist, weil sie auch ein außenpolitisches Argument für sich anzuführen vermag: das sind jene, die an den Anschluß Deutschösterreichs und an das unerlöste, zersplitterte Mitteleuropa denken. Der Gedanke der kulturellen und wirtschaftlichen Autonomie, der allein geeignet sein dürfte, der mitteleuropäischen Atomisierung zu begegnen, wirkt in jenem Kreise umso lebendiger, als gerade von deutscher Seite das Minderheitenrecht eine enorme Neubelebung erfahren hat.

Die Länderkonferenz in Berlin stand im Zeichen jenes bekannten Liedes, das mit den Worten beginnt: „Preisend mit viel schönen Reden“. Man ist auch in Kreisen der Beteiligten sich darüber klar, daß die eingesetzte Kommission nichts Positives schaffen wird, wie überhaupt der Glaube an die Schöpferkraft parteimäßiger und parlamentarischer Instanzen auf ein Mindestmaß gesunken ist. Der Gedanke politischer Selbsthilfe hat deshalb weite Kreise erfaßt. In Hamburg hat sich eine Reichsvereinigung von Föderalisten gebildet und umgekehrt wurde unter der Führerschaft des Reichskanzlers a. D. Dr. Luther ein Bund zur Erneuerung des Reiches gegründet, der ebenfalls die Neuordnung unseres innerstaatlichen Lebens auf seine Fahnen geschrieben hat. Das Programm ist wohl mit Absicht unklar gehalten, was seine Bedeutung keineswegs mindert. Denn Luther ist einer der fähigsten und beweglichsten Köpfe im deutschen Reiche und hinter ihm steht die Wirtschaft in seltener Einmütigkeit.

Wenn auch nicht die Möglichkeit besteht, über die zukünftige Wirksamkeit des neuen Bundes etwas zu sagen, so kann seine Entstehung doch gewertet werden als ein neuer, gegen die Parteien gerichteter Schritt. Die Parteipresse fast aller Richtungen nimmt deshalb mit sichtbarem Unbehagen vom Auftauchen Luthers Notiz. So lang nur scheinbar radikale Lager den Weimarer Notbau ablehnten, fühlte man sich im Reichstage leidlich sicher. Das ist heute anders geworden. Die Wirtschaft trägt sich anscheinend mit der Absicht, in einem kritischen Augenblicke den Gesamtumbau unseres innenpolitischen Lebens zu fordern. Es scheint eine langfristige Zielstrebigkeit bei den maßgebenden Leuten zu herrschen.

Gestützt werden diese Gedankengänge mehr oder minder industrieller Kreise durch die ausgebrochene Bauernbewegung, die mancherorts an die Revolte grenzt. Es sind nicht die Großagrarien, die hier führen, sondern

das Bauerntum. über die Notlage der deutschen Landwirtschaft sind Bände geschrieben worden. Die Zustände, welche hier herrschen, erhellen aus dem einzigartigen Umstande, daß im deutschen Nordosten Zwangsvollstreckungen an Gütern aus dem einfachen Grunde nicht stattfinden, weil sich für zur Versteigerung ausgetobene Güter keine Käufer mehr finden. Hier wirkt sich nicht nur die schwere Gegenwartslage des deutschen Reiches aus, sondern auch die grundsätzlich bauernfeindliche Haltung des modernen westlichparlamentarischen Staates, der eigentlich noch überall, wo er entstand, das gesunde alte Bauerntum in seiner Existenz gefährdete. Politisch gesehen handelt es sich also um eine Revolte des arbeitenden Landes gegen die „schmarozende“ Stadt. Die Bauernbewegung ist aber noch besonders gekennzeichnet durch den Umstand, daß ein deutschnationaler Ernährungsminister nicht in der Lage war, eine landwirtschaftliche Reform durchzuführen. Er scheiterte trotz aller persönlichen Voraussetzungen an dem System. Dessen Schwäche liegt umso klarer vor den Augen der empörten Landwirtschaft, als aus rein parteiagitorischen Gründen eine Regierungskrise inszeniert wurde, als dieselbe weder notwendig, noch dem Volke dienlich war. Auf die Zeit von vielleicht vier Monaten hinaus wird es keine aktionsfähige deutsche Regierung geben und sogar der Mahnruf Hindenburgs, zunächst die Pflichten gegen das Volk zu erfüllen, verhallte ungehört.

Die kommenden Wahlen werden deshalb — zumal eine Wahlreform ebenfalls unterblieb — im Zeichen des Niederganges unseres Weimarer Systems stehen. Ob die Wandermähler nach rechts oder nach links neigen, ob die eine oder die andere Richtung zur Kabinettsbildung gelangen wird, ist, auf lange Sicht gesehen, nicht besonders wichtig. Angriffe gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung werden auch unter einer sozialdemokratischen Regierung kaum erfolgen, da die deutsche Sozialdemokratie ganz im Gegenteil die Kapitalisierung der deutschen Wirtschaft unterstützt hat, wo und wie sie nur konnte. Dazu kommt das wachsame Auge des Reparationsagenten, der ja kaum eine willfährigere Regierung finden kann, als eine sozialdemokratische. Bis weit in die Reihen der Rechten kann man deshalb den Gedanken hören, daß endlich einmal die Sozialdemokratie wieder regieren möge, damit deren Agitation durch die harten Tagesnotwendigkeiten die nötige Eindämmung erfahre. Darüber hinaus aber gibt es weite Kreise, die die kommende Zersplitterung des bürgerlichen Lagers, die kaum ausbleiben wird — ebenfalls begrüßen als eine notwendige Entwicklung zur Auseinandersetzung mit dem heutigen System schlechthin. Noch vor einigen Jahren wandte man sich im Reiche von Leuten, die so dachten, ab, indem man sie „Katastrophenpolitiker“ nannte. Das ist heute anders geworden. Die sogenannten Katastrophenpolitiker finden sich parteipolitisch in fast allen Lagern und nehmen an Zahl unentwegt zu, weil die Erkenntnis immer allgemeiner wird, daß nur aus dem immer offenkundiger werdenden Versagen unserer heutigen Parteiwirtschaft die Möglichkeit positiver Neuschöpfung erwächst.

Dazu kommt eine erfreuliche Reaktion gegen zivilisatorische Auswüchse und kulturellen Niedergang. Im engen Kreise führender Köpfe

konkretisieren sich die Vorstellungen einer neuen Kulturblüte, die auf ganz anderen Werten beruht, als sie bisher der abendländischen Menschheit als begehrenswert vorschwebten. Auch in den breiten Massen spiegelt sich diese Entwicklung wieder. Die christlich gesinnten Wähler werden wohl mit einer seltenen Leidenschaft in den Wahlkampf eintreten, der doch eigentlich durch das Scheitern des Schulgesetzes in seiner verfrühten Art und Weise verschuldet ist. Der Liberalismus wird sich außerordentlich schwer tun, da er die Zeichen der Zeit verkannt hat. Eine kulturelle Front des Liberalismus mit dem Sozialismus wird wohl zu dem gänzlichen Niedergange des deutschen Liberalismus führen. Hier offenbaren sich dem Unbefangenen die Zeichen unserer Zeit.

Endlich wäre noch kurz die außenpolitische Lage des Reiches zu streifen, die ja wohl von den französischen Wahlen nicht ganz unabhängig erscheint. Dieser Schein trügt indessen. Wir glauben nicht, trotz privater Ausflüge Dr. Wirths nach Paris, daß ein grundsätzlicher Umschwung der französischen Außenpolitik zu erwarten steht. Ob Deutschland in der Lage sein wird, für die ihm heute schon zustehende Räumung des Rheinlandes einen erneuten Kaufpreis zu zahlen, ist mehr wie zweifelhaft. Unter diesen Umständen wird in dem Augenblicke, wo die deutsche Öffentlichkeit nicht mehr restlos mit innenpolitischen Angelegenheiten befaßt ist, selbsttätig der Schrei nach einer Neuorientierung der deutschen Außenpolitik erwachen. Wir stehen im zehnten Friedensjahre nach Beendigung des Weltkrieges und von einer Liquidation desselben kann kaum gesprochen werden, wenn auch die Freigabe des deutschen Eigentums in den Vereinigten Staaten einen erfreulichen Schritt in dieser Richtung bedeutet. Wie dem auch sei, so läßt sich heute für die Zukunft mit ziemlicher Sicherheit sagen:

Wenn auch der Erneuerungswille im Reiche erfreulich zugenommen hat, auch sonstige Zeichen der Konsolidierung vorhanden sind, ist noch keineswegs jene innere Ruhelage und jener außenpolitisch beruhigende Zustand erreicht, wo man erleichtert aufatmen könnte. Es ist bei uns alles in Fluß geraten und wird voraussichtlich immer mehr in Bewegung kommen.

## Wirkungen der politischen Grenze.

Von E. Leifi, Frauenfeld.

Rhein und Bodensee, die uns von Deutschland scheiden, bilden eine dermaßen natürliche Grenze, daß man erwarten könnte, hüben und drüben verschiedene Volksstämme zu finden. Indessen haben sich die Alamannen in der Völkerwanderung an diese gegebene und einleuchtende Gemarkung nicht gehalten, sondern sich auf beiden Seiten niedergelassen. Beiderseits wohnen also heute noch Alamannen. Aber die politische Entwicklung hat sie auseinander gebracht, wie zwei Brüder, die verschiedene